



## **Die Lösung des Migrationsproblems besteht nicht nur in mehr Entwicklungshilfe**

Jeff Dayton-Johnson und Louka T. Katseli<sup>1</sup>  
OECD Entwicklungszentrum

Im Dezember 2006 verließen afrikanische Politiker die EU Ministerkonferenz in Tripolis ohne ihr Ziel, die Einrichtung eines Spezialfonds für Migration, erreicht zu haben. Louis Michel, der EU Kommissar für Entwicklung, wiederholte Europas Versprechen, die Entwicklungshilfe für Afrika zu erhöhen. Gleichzeitig betonte er, dass ein Spezialfonds für Migration die Einhaltung bereits existierender Verpflichtungen durch europäische Länder gefährden würde.

Die Konferenz in Libyen war nicht die erste, auf der sich afrikanische und europäische Politiker mit den Zusammenhängen zwischen Entwicklungshilfe und Migration beschäftigt haben. Aufgrund seiner Brisanz wird das Thema sicherlich auch in Zukunft weit oben auf der Agenda stehen. Aus europäischer Perspektive dient die Migrationsproblematik in erster Linie dazu, Unterstützung für Entwicklungshilfe einzufordern. Auch nach Ansicht afrikanischer Politiker scheint ein erhöhter finanzieller Transfer in Entwicklungsländer ein geeigneter Schlüssel zu sei, um Migrationsströme durch eine verbesserte wirtschaftliche Entwicklung im eigenen Land einzudämmen.

Die These jedoch, dass mehr Entwicklungshilfe die Zuwanderung verringern würde, ist äußerst fraglich. Es gibt wenig empirische Anhaltspunkte dafür, dass steigendes wirtschaftliches Wachstum und sinkende Armut den Anreiz zur Auswanderung mindern würde, wie oft von Politikern behauptet wird. Im Gegenteil. In vielen Fällen hat steigendes Einkommen die Auswanderung noch beflügelt, zumindest kurz- bis mittelfristig. Schließlich kann ein höheres Einkommen potenziellen Migranten in armen Ländern, die bisher nicht imstande waren sich die teure Ausreise zu leisten, die Auswanderung erst ermöglichen.

Entwicklungshilfe sollte ebenfalls nicht dazu verwendet werden, um Kooperation von Entwicklungsländern im Zuwanderungsbereich zu erpressen, wie teilweise diskutiert wird. Auswanderungskontrollen sind mindestens so schwer auszuführen wie Grenzkontrollen, besonders in armen Ländern mit begrenztem Staatshaushalt. Darüber hinaus sollte das Hauptziel nachhaltiger Entwicklungshilfe die Armutsbekämpfung und nicht die Beeinflussung von Migrationsflüssen sein.

Solch eine Politik würde zudem der zentralen Zielsetzung von Entwicklungshilfe – der Bekämpfung extremer Armut – widersprechen. Die meisten Migranten, die in OECD Länder einwandern, stammen nämlich nicht aus armen Entwicklungsländern, sondern relativ reichen Staaten in

---

<sup>1</sup> Dr. Jeff Dayton-Johnson ist Senior Economist am OECD Entwicklungszentrum in Paris. Professor Louka T. Katseli war dort zwischen 2003 und 2007 Direktorin. Die Meinungen, die in diesem Artikel vertreten werden, spiegeln nicht die der OECD Mitgliedstaaten oder des Entwicklungszentrums wider. Weitere Information können unter folgender Adresse aufgerufen werden: [www.oecd.org/dev/migration](http://www.oecd.org/dev/migration)



Lateinamerika, Mittel- und Osteuropa und der Mittelmeerregion. Mit Entwicklungshilfe Migrationsmuster beeinflussen zu wollen würde daher Mittel in diese verhältnismäßig wohlhabenden Ursprungsländer umleiten.

Wie könnte eine effektivere Migrationspolitik aussehen? Der Ausgangspunkt wäre ein Partnerschaftsabkommen zwischen den betroffenen Ländern, d.h. den entsendenden Ländern auf der einen und den Empfangsstaaten auf der andere Seite.

Entwicklungsländer sollten das Migrationsphänomen stärker in ihre Wachstums- und Entwicklungsstrategien einbeziehen, die sie in Zusammenarbeit mit der Weltbank und dem Internationalen Währungsfonds ausarbeiten. Auslandsüberweisungen durch Migranten, zum Beispiel, sollten in die Armutsbekämpfungsstrategien („Poverty Reduction Strategy Papers“ – PRSPs) integriert werden. Gleichzeitig sollten ausländische Hilfsmittel mobilisiert werden, um die Abwanderung von Fachkräften in reiche Länder einzudämmen. Dringend benötigte Ärzte, Krankenschwestern und Lehrer könnten beispielsweise durch die Stärkung von Kapazitäten im Gesundheits- und Ausbildungssektor langfristig in ihren Heimatländern gebunden werden. Dann nämlich, wenn Entwicklungshilfe nicht nur die Ausbildung dieser Leute sichert, sondern ebenfalls auf die Schaffung geeigneter Jobs für Hochqualifizierte zielt.

Welchen Beitrag könnten europäische Länder zu solch einem Abkommen leisten? Ein zentraler Aspekt für Europa ist die Einwanderungspolitik. Obwohl die Anzahl der Migranten und ihre Zusammensetzung im Hinblick auf Herkunft und Qualifikation nur bedingt gesteuert werden kann, sind staatliche Maßnahmen wie Einwanderungsrichtlinien sowie Aufenthalts- und Arbeitsgenehmigungen leistungsfähige Instrumente, um die positiven Effekte von Migration bestmöglich auszunutzen.

Hierbei sind Instrumente wie ein Visum zur mehrfachen Einreise besonders interessant, da sie zirkuläre Migration anregen. Saisonale oder temporäre Migration, die durch solche Ansätze gefördert würde, könnte den Anreiz für illegale Immigration senken. Für Entwicklungsländer bestünde ein zusätzlicher Gewinn darin, dass Migranten, die nur für kurze Zeit auswandern, gewöhnlich mehr Geld sparen, um damit Angehörige im Heimatland zu unterstützen. Zirkuläre Migration könnte zudem zu einem effektiveren Wissenstransfer zwischen Industrie- und Entwicklungsländern führen, da Migranten nach der Rückkehr in ihre Heimatländer die im Ausland erworbenen Fähigkeiten auf dem heimischen Arbeitsmarkt einsetzen könnten.

Anstatt zu versuchen, Migration zu verlangsamen oder gar zu stoppen, sollte unsere Aufmerksamkeit daher eher auf ein wirkungsvolleres Migrationsmanagement gerichtet sein. Nicht mehr, sondern bessere Entwicklungshilfe kann dazu beitragen, den Nutzen durch Migration für alle Beteiligten zu erhöhen.